Deutscher Bundestag

15. Wahlperiode 05. 05. 2004

Antrag

der Abgeordneten Ernst Burgbacher, Helga Daub, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Guttmacher, Dr. Christel Happach-Kasan, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Michael Kauch, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Sommerferienregelung verbraucherfreundlicher gestalten – Gesamtferienzeitraum auf 90 Tage ausdehnen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Kultusministerkonferenz (KMK) auf, die Sommerferienregelung so zu entzerren, dass sich ein Gesamtferienzeitraum von 90 Tagen ergibt.

Berlin, den 5. Mai 2004

Ernst Burgbacher Jürgen Koppelin
Helga Daub Sibylle Laurischk
Daniel Bahr Harald Leibrecht
Rainer Brüderle Ina Lenke
Jörg van Essen Dirk Niebel

Ulrike Flach
Otto Fricke
Horst Friedrich

Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Eberhard Otto (Godern)

Rainer Funke Detlef Parr
Hans-Michael Goldmann Cornelia Pieper
Joachim Günther (Plauen) Gisela Piltz

Dr. Karlheinz Guttmacher
Dr. Christel Happach-Kasan
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger

Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae
Jürgen Türk

Michael Kauch Dr. Claudia Winterstein Dr. Heinrich L. Kolb Dr. Volker Wissing

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Begründung

Mit dem Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) im Mai 1999 wurde eine Sommerferienregelung mit einem Gesamtferienzeitraum von durchschnittlich 75 Tagen für die Jahre 2003 bis 2008 beschlossen. Dies hatte hohe Umsatzeinbußen für die Tourismusbranche, erhöhte Reisekosten für die Urlauber sowie extreme Verkehrsverhältnisse zur Folge.

Der Beschluss der KMK vom 12. Juni 2003, den Gesamtferienzeitraum zu verlängern, zielt zwar in die richtige Richtung, ist aber nicht ausreichend. Mit der neuen Sommerferienregelung für die Jahre 2005 bis 2010 ergibt sich danach für 2005 ein Gesamtferienzeitraum von 84 Tagen, für 2006 von 86 Tagen und im Jahr 2008 von 87 Tagen. Die modifizierte Sommerferienregelung bleibt hinter dem Beschluss der Ministerpräsidenten aus dem Jahre 2003 zurück. Sie hatten einen Sommerferienzeitraum von möglichst 90 Tagen gefordert.

Deshalb ist von dem KMK-Beschluss keine ausreichende Verbesserung für die Verbraucher sowie den Tourismus- und Verkehrsstandort Deutschland zu erwarten. Denn auch mit dem Inkrafttreten der neuen Sommerferienregelung im kommenden Jahr ist weiterhin mit schwierigen Verkehrsverhältnissen im Juli und August zu rechnen. Insbesondere im August ist eine sehr hohe touristische Nachfrage zu erwarten. Das wiederum führt in diesem Monat zu Engpässen an verfügbaren Unterkünften und höheren Preisen. Im Juni und Juli werden demgegenüber erhebliche Leerstände nicht zu vermeiden sein. Die damit verbundenen höheren Reisekosten stellen vor allem für Familien mit schulpflichtigen Kindern ein gravierendes Problem dar.

Der Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft e. V. (BTW) und der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) rechnen in Folge der neuen Sommerferienregelung mit einem Umsatzrückgang von mehr als einer Mrd. Euro. Nach Berechnungen des Deutschen Tourismusverbandes e. V. (DTV) folgt aus dem Verlust eines einzigen Ferientages im Juli ein rechnerisches Minus von rund einer Million Übernachtungen. Bei durchschnittlichen Tagesausgaben von übernachtenden Gästen in Höhe von 70 Euro wird die wirtschaftliche Dimension sehr deutlich.

Daher ist eine weitere Entzerrung der Sommerferienregelung auf einen Gesamtferienzeitraum von 90 Tagen mit möglichst wenigen Überschneidungen vor allem der bevölkerungsreichen Länder erforderlich.